
Aktive Strukturpolitik in der gegenwärtigen Krise. Gibt es eine Alternative?

Josef Windsperger

1. Einleitende Bemerkungen

Wird ein gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht durch den Einsatz von wirtschaftspolitischen Maßnahmen¹ zu beheben versucht, dann setzen sich die gesamtwirtschaftlichen Kosten des Ungleichgewichtes nicht nur aus Marktanpassungskosten, sondern auch aus Kosten der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zusammen. Erstere umfassen Etragseinbußen der Unternehmer, Einkommenseinbußen der Arbeitnehmer und Einnahmenseinbußen des Staates. Letztere umfassen z. B. höhere Budgetdefizite, höhere Staatsschulden oder höhere Steuern. Es soll dabei jene Kombination von wirtschaftspolitischen Maßnahmen eingesetzt werden, die die erwarteten Kosten des Ungleichgewichtes minimiert.

Wie wir in unserer Untersuchung zeigen werden, gibt es zur Behebung eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes kein allgemeingültiges wirtschaftspolitisches Rezept. Vielmehr erfordert der Einsatz von wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine genaue Aufdeckung der Ursachen des Ungleichgewichtes. Je nachdem, welche Ursache das Ungleichgewicht hat, sind unterschiedliche wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen.

In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird immer häufiger von „Strukturpolitik“ gesprochen, die jedoch durch die herrschende Makrotheorie theoretisch nicht fundiert werden kann. Wie wir noch später genauer ausführen werden, ist die aus der keynesianischen bzw. mone-

taristischen Makrotheorie resultierende Wirtschaftspolitik vor allem zur Stabilisierung der Konjunkturschwankungen in einer weitgehend konstanten Umwelt effizient einsetzbar. Die herrschende Makrotheorie kann daher nur den Einsatz von globalen konjunkturpolitischen Maßnahmen erklären.

Im Gegensatz zur Konjunkturpolitik ist die Strukturpolitik auf die Erzielung von strukturellen Effekten ausgerichtet. Dabei umfaßt der Begriff „Struktur“ folgende Komponenten: (1) Güterangebotsstruktur der Wirtschaft und (2) Ausstattung der Wirtschaft mit bestimmten Organisation- und Produktionstechnologien sowie mit dem entsprechenden Humankapital der Arbeitnehmer. Damit sollen durch strukturpolitische Maßnahmen Veränderungen der in einer Volkswirtschaft bestehenden Güterangebots-, Organisations- und Produktionsstruktur sowie der Humankapitalausstattung der Arbeitnehmer herbeigeführt werden. Ist die Wirtschaftsstruktur bestimmter Wirtschaftssektoren bzw. ganzer Volkswirtschaften durch eine inadäquate Güterangebotsstruktur oder durch eine ineffiziente Produktions- und Organisationstechnologie gekennzeichnet, dann sprechen wir von einem strukturellen Ungleichgewicht. Das dadurch verursachte gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht erreicht jedoch aufgrund der kontraktiven Kreislaufeffekte ein noch größeres Ausmaß. Besteht ein gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht, dann sind für einen effizienten Wirtschaftspolitikeinsatz dessen Ursachen ausfindig zu machen. Eine theoretische Fundierung der Strukturpolitik kann damit nur im Rahmen einer Theorie der Wirtschaftspolitik erfolgen, die von den mikroökonomischen Ursachen des Ungleichgewichtes ausgeht.

Im folgenden gehen wir im zweiten Kapitel auf die Ursachen des gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes in Österreich ein und geben dann einen kurzen Überblick über effiziente wirtschaftspolitische Maßnahmen. Im dritten Kapitel untersuchen wir dann die Frage, ob es im gegenwärtigen Ungleichgewicht eine effiziente Alternative zu einer aktiven Strukturpolitik gibt. Wir analysieren dabei die Effizienz der Struktur- im Vergleich zu einer Sparpolitik. Im vierten Kapitel zeigen wir an den Erfahrungen Großbritanniens auf, daß die seit 1979 verfolgte Sparpolitik keine erfolgreiche Strategie zur Bekämpfung der gesamtwirtschaftlichen Krise war. Im fünften Kapitel machen wir dann einige Überlegungen zu einer theoretischen Fundierung der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Strukturpolitik, und zeigen weiters die Bedingungen auf, unter denen die traditionelle Geld- und Fiskalpolitik im Rahmen eines Kontingenzansatzes der Wirtschaftspolitik als effiziente wirtschaftspolitische Strategie anzusehen ist.

2. Effiziente Wirtschaftspolitik im gegenwärtigen Ungleichgewicht

Bevor wir beurteilen können, welche wirtschaftspolitische Maßnahmen in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation effizient sind,

müssen wir die Ursache des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes ausfindig machen.

2.1. Ursachen des Ungleichgewichtes²

Das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht auf Arbeits- und Gütermarkt hat zwei Ursachen. Es resultiert (1) aus einem durch eine ineffiziente Wirtschaftsstruktur verursachten strukturellen Ungleichgewicht, das die primäre Ursache für das gesamtwirtschaftliche Nachfragedefizit ist, und (2) aus einem globalen Ungleichgewicht, das sich aus zwei Komponenten zusammensetzt: Die erste Komponente umfaßt die kontraktiven außenwirtschaftlichen, primär durch restriktive Wirtschaftspolitik verursachte Nachfrageausfälle; und die zweite Komponente umfaßt die durch die Umweltveränderung und -komplexität verursachten negativen Vertrauenseffekte, die via Verschlechterung des Erwartungszustandes kontraktive Kreislaufeffekte auslösen.

2.2. Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Zur Behebung des gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes sind daher folgende Maßnahmen zu ergreifen:

(1) Zur Behebung des strukturellen Ungleichgewichtes ist eine aktive Strukturpolitik und (2) zur Behebung des durch die Planungsunsicherheit der Wirtschaftssubjekte verursachten globalen Ungleichgewichtes ist eine langfristig stabile angebotsorientierte Politik – wie z. B. eine langfristig stabile indirekte und direkte Investitionsförderungs politik, stabile Lohnpolitik sowie eine langfristig stabile Geld- und Währungspolitik, erforderlich. Diese Fragen wurden in Windsperger (1984) ausführlich behandelt und werden daher in dieser Arbeit nicht mehr untersucht.

Zur Behebung des strukturellen Ungleichgewichtes sind (1) selektive nachfragepolitische Maßnahmen in jenen Wirtschaftssektoren erforderlich, die ein strukturelles Ungleichgewicht aufweisen, sodaß die Amplitude des Ungleichgewichtes in der Anpassungsperiode so gering wie möglich gehalten wird. Damit soll verhindert werden, daß durch starke Nachfrageeinbußen die Erträge der Unternehmen, die Beschäftigung und die Einkommen der Arbeitnehmer sowie die Staatseinnahmen in der Ungleichgewichtsperiode stark vermindert werden. (2) Zur Verminderung der Dauer des Ungleichgewichtes sind selektive angebotsorientierte Maßnahmen notwendig, die darauf abzielen, die Strukturanpassung zu beschleunigen. Darunter fallen selektive Investitionsförderungsmaßnahmen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, sodaß mit der Veränderung der Produktionsstruktur auch eine entsprechende Humankapitalanpassung erzielt wird.

Im folgenden Kapitel wird die Frage zu beantworten versucht, ob die Sparpolitik eine effiziente Alternative zu der von uns vorgeschlagenen aktiven Strukturpolitik ist.

3. Aktive Strukturpolitik versus Sparpolitik – Ein Effizienzvergleich

Bevor wir den Effizienzvergleich zwischen Struktur- und Sparpolitik vornehmen können, müssen wir den Begriff der „Sparpolitik“ etwas erläutern. Unter „Sparpolitik“ fallen dabei relative bzw. absolute Staatsausgabenkürzungen und Steuer- bzw. Abgabensenkungen. Anhänger der Sparpolitik vertrauen auf die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus, indem sie von der Vorstellung ausgehen, daß wirtschaftliche Ungleichgewichte am effizientesten durch das ungestörte Zusammenspiel der Marktkräfte behoben werden können. Aktive Anpassungspolitik wird abgelehnt, weil dadurch nur zusätzliche Störungen des Marktmechanismus hervorgerufen werden.

3.1. Effizienz der Sparpolitik

Eine durch Staatsausgabenkürzungen bzw. Steuersenkungen gekennzeichnete Sparpolitik führt im gegenwärtigen Ungleichgewicht zu folgenden gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen:

Durch die Verminderung der Steuerlast für Unternehmer und Arbeitnehmer werden expansive Anpassungsreaktionen auf dem Gütermarkt ausgelöst. Die Steuerverminderung bedeutet für die Unternehmer eine Kostenreduzierung, von der investitionsstimulierende Wirkungen ausgehen. Ebenso hat die Steuerverminderung eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens der Arbeitnehmer zur Folge, sodaß auch eine Belebung der Konsumnachfrage eintritt. Die gestiegene Konsum- und Investitionsgüternachfrage führt in der Folge zu positiven Beschäftigungseffekten.

Umgekehrt löst jedoch die Reduzierung der Staatsausgaben einen kontraktiven gesamtwirtschaftlichen Effekt aus. Durch die Reduzierung der Güternachfrage der öffentlichen Hand wird in der Folge eine Verminderung der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage und damit der Beschäftigung bewirkt. Damit wird der durch die Steuerverminderung hervorgerufene expansive durch den durch die Verminderung der Staatsausgaben ausgelösten kontraktiven gesamtwirtschaftlichen Effekt kompensiert. Es kann daher festgehalten werden, daß die Sparpolitik in der Anfangsphase, je nachdem, ob die expansiven oder die kontraktiven Wirkungen überwiegen, expansiv oder kontraktiv wirken wird. Dies hängt im konkreten Fall vom Ausmaß der Verminderung der Steuer- bzw. Abgabenlast und der Senkung der Staatsausgaben ab. Beispielsweise zeigen die Erfahrungen mit der Sparpolitik in Großbritannien, daß die kontraktiven Effekte in der Anfangsphase überwiegen (siehe Kapitel 4).

Gehen wir davon aus, daß in der Anfangsphase die expansiven durch die kontraktiven Wirkungen der Sparpolitik zumindest ausgeglichen werden, dann stellt sich die Frage, welche Konsequenzen diese Politik für den gesamten Marktanpassungsprozeß hat. Die Sparpolitik würde damit kurzfristig die Beschäftigung nicht erhöhen oder, was in der

gegenwärtigen Ungleichgewichtssituation wahrscheinlicher ist, die Zuwachsrates der Arbeitslosigkeit nicht verringern. Sie würde damit keine Beschleunigung des Strukturanpassungsprozesses mit sich bringen. Das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht auf Arbeits- und Gütermarkt würde daher fortbestehen. Je länger jedoch das Ungleichgewicht auf dem Gütermarkt existiert, umso mehr wird die Überlebensfähigkeit der am Betriebsminimum operierenden Unternehmen aufgrund von Ertragseinbußen gefährdet. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit und somit die Anzahl von Unternehmenszusammenbrüchen, da die Selbstfinanzierungskraft der am Betriebsminimum operierenden Unternehmungen stark zurückgeht und in der Folge aufgrund der schlechten Ertragslage auch keine Ausweitung der Fremdfinanzierung mehr möglich ist. Unternehmenszusammenbrüche führen zu Produktionsstillegungen und damit zu einer weiteren Verminderung der Beschäftigung. Dadurch kommt es zu einem weiteren Rückgang der Vorleistungs-, Investitionsgüter- und Konsumgüternachfrage. Überdies wird der Kontraktionsprozeß durch die Spillovereffekte vom realen auf den monetären Sektor verschärft.

Eine Vergrößerung des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes hat auch eine Verminderung der Steuereinnahmen und der Beiträge zur Sozialversicherung zur Folge. Zugleich steigen aber die Kosten der Arbeitslosigkeit aufgrund der höheren Sozialausgaben, sodaß einer Staatseinnahmenminderung steigende Staatsausgaben gegenüberstehen.

Weiters treten folgende zusätzliche gesamtwirtschaftliche Kosten auf: (a) Humankapitalkosten und (b) Kosten des „Gesundschumpfungsprozesses“. (a) Die Humankapitalkosten aufgrund der Arbeitslosigkeit sind umso höher, je länger die Ungleichgewichtsphase andauert. Diese Kosten entstehen durch entgangene „learning by doing“-Effekte³ aufgrund der Arbeitslosigkeit. An die Stelle von „learning by doing“ tritt „Vergessen durch Arbeitslosigkeit“, wodurch sich in der Ungleichgewichtsperiode die Humankapitalausstattung der arbeitslosen Arbeitnehmer verschlechtert. Werden die Arbeitslosen bei Verminderung des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert, dann entstehen aufgrund der entgangenen „learning by doing“-Effekte und des „Vergessens durch Arbeitslosigkeit“ hohe Einschulungskosten, um das Humankapital wieder an die wirtschaftlichen Erfordernisse anzupassen.

(b) Darüber hinaus fallen durch das „Gesundschumpfen“ der Wirtschaft hohe gesamtwirtschaftliche Kosten an. Anhänger der Sparpolitik gehen von der Vorstellung aus, daß der Marktmechanismus wieder Gleichgewicht hervorbringen kann, indem neue „dynamische“ Unternehmer in den Markt eintreten, die den Aufschwungprozeß auslösen. Daß dieser „Gesundschumpfungsprozeß“ zu einem neuen Gütermarktgleichgewicht führt, ist mit großer Wahrscheinlichkeit der Fall. Hingegen ist jedoch die Wahrscheinlichkeit gering, daß dieses Gütermarktgleichgewicht mit einem Arbeitsmarktgleichgewicht zusammenfällt. Es besteht vielmehr eine große Wahrscheinlichkeit, daß das

gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau auf ein niedrigeres Niveau zurückfällt, sodaß ein Gütermarktgleichgewicht bei Unterbeschäftigung existiert.

Die Hauptursache für das Nichtzustandekommen eines Vollbeschäftigungsgleichgewichtes besteht im raschen Markteintritt ausländischer Konkurrenten. Der Anpassungsprozeß läuft nämlich nicht via Ersetzung der „alten“ durch einen neuen „dynamischen“ Unternehmer ab, sondern durch Substitution des inländischen Produktionspotentials durch ausländische Konkurrenten, die die inländische Angebotslücke schließen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß bei inländischen Produktionsausfällen bestehende ausländische Konkurrenten gegenüber inländischen „Newcomern“ aufgrund der größeren Anpassungsgeschwindigkeit einen kompetitiven Vorteil haben. Ausländische Konkurrenten können schneller in den inländischen Markt eintreten und übernehmen damit das vorhandene Nachfragepotential. Somit werden keine neuen „dynamischen“ Unternehmer auf dem Markt auftreten, weil es kein unausgeschöpftes Gewinnpotential mehr gibt. Damit wird durch das „Gesundshrumpfen“ dem Gewinnstreben der übriggebliebenen Unternehmer Rechnung getragen, aber zugleich wurde das inländische Produktionspotential und damit die Beschäftigung reduziert, sodaß es zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit kommt, die nicht nur hohe wirtschaftliche, sondern auch hohe psychische und soziale Kosten mit sich bringt⁵. Weiters sinken auch die Staatseinnahmen aufgrund des verminderten gesamtwirtschaftlichen Aktivitätsniveaus, sodaß, obwohl eine Sparpolitik betrieben wird, mit großer Wahrscheinlichkeit keine Entlastung des Budgets eintritt.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, daß die Sparpolitik in der Anpassungsphase hohe gesamtwirtschaftliche Kosten verursacht, weil (1) die Amplitude des Ungleichgewichts groß ist und es (2) lange fortbesteht. Überdies ist die Wahrscheinlichkeit gering, daß in einer offenen Volkswirtschaft die Marktkräfte Vollbeschäftigung herbeiführen können.

3.2. Effizienz der Strukturpolitik

Wie bereits erwähnt, umfaßt die Strukturpolitik expansive selektive, angebotsorientierte Maßnahmen, die die Dauer, und selektive nachfragepolitische Maßnahmen, die die Amplitude des Ungleichgewichtes vermindern. Geht man davon aus, daß bei Verfolgung einer Sparpolitik der Zeitraum der Marktanpassung, bis wieder ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht hergestellt ist, sehr groß ist, dann stellt sich die Frage, durch welche wirtschaftspolitische Maßnahmen die Dauer und die Amplitude des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes vermindert werden können. Eine effiziente Möglichkeit zur Erreichung dieses Zieles ist die Durchführung einer aktiven Strukturpolitik, die darauf abzielt, den Marktanpassungsprozeß durch Förderung von Investitionen in Prozeß-, Organisations- und Produkttechnologien zu beschleunigen.

gen. Durch eine solche Politik sollen jene Bereiche gefördert werden, die als gewinnträchtig anzusehen sind. Durch Investitionsförderungen (wie zinsbegünstigte Kredite und Haftungsübernahmen) tritt eine Entlastung bei den Finanzierungs- und den einzelbetrieblichen Risikokosten ein, wodurch sich die Renditeerwartungen verbessern. Damit wird die Investitionstätigkeit stimuliert.

Weiters wird durch Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen die durch die veränderte wirtschaftliche Umweltsituation notwendig gewordene Humankapitalanpassung beschleunigt.

Überdies wird durch ein selektives Nachfragemanagement in jenen Bereichen, die ein strukturelles Ungleichgewicht aufweisen, das Output- und Beschäftigungsniveau stabilisiert, sodaß es in diesen Sektoren zu keinen starken Output- und Beschäftigungseinbrüchen kommt. Diese würden nämlich hohe gesamtwirtschaftliche Kosten mit sich bringen: Erstens würde dadurch die Wahrscheinlichkeit und Häufigkeit von Unternehmenszusammenbrüchen erhöht, und zweitens steigt damit die Arbeitslosigkeit. In der Folge entstehen wiederum hohe gesamtwirtschaftliche Folgekosten durch entgangene „learning by doing“-Effekte und durch „Vergessen durch Arbeitslosigkeit“ sowie durch die Verminderung des inländischen Produktionspotentials.

Diese strukturpolitischen Maßnahmen müssen aber finanziert werden können. Es ist dabei jene Kombination von Finanzierungsmaßnahmen – wie Umschichtung der Staatsausgaben hin zu wirtschaftsbelebenden Bereichen, sowie Steuer- und Schuldenerhöhungen – effizient, die die geringsten kontraktiven gesamtwirtschaftlichen Effekte in der Anpassungsperiode verursacht. Die Budgetdefizite und die Staatsschuld dürfen daher kein solches Ausmaß annehmen, daß im Laufe der Anpassungsperiode (1) „crowding-out“-Effekte auf den Finanzmärkten bzw. durch Steuererhöhungen hervorgerufene kontraktive Effekte auf den Gütermärkten die expansive Wirkung der Strukturpolitik konterkarieren und (2) der Budgetspielraum derart eingeengt wird, daß kurzfristige konjunkturpolitische Eingriffe nicht mehr finanzierbar sind. Diese Finanzierungsmaßnahmen schwächen damit die expansive gesamtwirtschaftliche Wirkung der Strukturpolitik ab, d. h. die Amplitude des Ungleichgewichtes in der Anpassungsperiode wird dadurch erhöht. Der durch die Strukturpolitik geförderte strukturelle Anpassungsprozeß in den einzelnen Wirtschaftssektoren und dessen Dauer sind davon aber nicht betroffen.

Betrachtet man den Zeitraum, in dem die Anpassungsmaßnahmen wirksam sind, dann zeigt sich, daß im Vergleich zur Sparpolitik, die anfänglich keine zusätzlichen Budgetbelastungen, aber später höhere Budgetdefizite verursacht, die aktive Strukturpolitik das Budgetdefizit anfänglich vergrößert, aber infolge der expansiven Wirkungen der Maßnahmen in der gesamten Anpassungsperiode nicht mehr Budgetmittel aufgebracht werden als bei Verfolgung einer Sparpolitik. Dies ist damit zu begründen, daß (1) die Strukturpolitik aufgrund des höheren Output- und Beschäftigungsniveaus höhere Staatseinnahmen mit sich bringt, und daß (2) die Kosten für Sozialausgaben aufgrund des hohen

Beschäftigungsniveaus in der Anpassungsperiode kein so großes Ausmaß erreichen wie bei Durchführung einer Sparpolitik. Nimmt man an, daß das Budgetdefizit in beiden wirtschaftspolitischen Szenarien gleich hoch ist, dann ist die Strukturpolitik der Sparpolitik vorzuziehen, weil erstere im Gegensatz zur letzteren von der Budgetausgabenstruktur her wirtschaftsstimulierend wirkt. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, daß Output und Beschäftigung bei Verfolgung einer aktiven Strukturpolitik während der Anpassungsperiode auf einem höheren Niveau verbleiben, sodaß das Budgetdefizit im Vergleich zum Sozialprodukt im ersteren Fall höher als im letzteren ist.

Ferner sind die gesamtwirtschaftlichen Kosten aufgrund von Unternehmenszusammenbrüchen und durch entgangene „learning by doing“-Effekte sowie durch „Vergessen durch Arbeitslosigkeit“ im Falle der Strukturpolitik geringer. Da diese Politik darauf abzielt, Unternehmenszusammenbrüche dadurch zu vermeiden, daß bei gefährdeten Unternehmungen die Strukturanpassung durch Investitionsfördermaßnahmen erleichtert wird, erfolgt das „Gesundshrumpfen“ der Wirtschaft nicht via Unternehmenszusammenbrüche, sondern vielmehr durch Beschleunigung der Strukturanpassung bei den gefährdeten Unternehmungen.

Damit ist auch die Gefahr des Marktanteilsverlustes an ausländische Konkurrenten geringer, weil die gefährdeten inländischen Unternehmen in der Anpassungsperiode weiterhin auf dem inländischen Markt anbieten, sodaß die Kunden-, Lieferanten- und Finanzierungsbeziehungen aufrechterhalten bleiben. Im Falle des „Gesundshrumpfens“ durch Unternehmenszusammenbrüche müßten die „Newcomer“ erst die Beschaffungs- und Absatzmärkte erschließen, wodurch aufgrund der hohen „Set-up“-Kosten in der Markteintrittsperiode erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber den bestehenden Konkurrenten auftreten würden⁶.

Resümierend kann damit festgestellt werden, daß die gesamtwirtschaftlichen Kosten bei Verfolgung einer aktiven Strukturpolitik mit hoher Wahrscheinlichkeit geringer sein werden als bei Durchführung einer Sparpolitik. Es sind dabei weniger die Kosten der Wirtschaftspolitik, die im ersten Fall geringer ausfallen, sondern es sind vielmehr die geringeren volkswirtschaftlichen Folgekosten einer aktiven Strukturpolitik. Sie sind deshalb geringer, weil (1) die Dauer und (2) die Amplitude des Ungleichgewichtes bei Durchführung einer aktiven Strukturpolitik mit großer Wahrscheinlichkeit geringer sein werden als bei einer Sparpolitik. Darüber hinaus wirken – unter der Annahme, daß die Kosten der Wirtschaftspolitik in beiden Fällen die gleichen sind – die Maßnahmen der aktiven Strukturpolitik wirtschaftsstimulierend, während die durch die hohen Sozialausgaben verursachten Budgetdefizite bei Verfolgung einer Sparpolitik wenig wirtschaftsbelebende Wirkungen aufweisen. Ferner kann mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau während der und auch nach erfolgter Strukturanpassung im Falle der Strukturpolitik höher ist als bei Durchführung einer Sparpolitik. Im

letzteren Fall wird das Beschäftigungsniveau aufgrund der Verminderung des inländischen Produktionspotential langfristig reduziert.

4. Exkurs: Erfahrungen mit der Sparpolitik in Großbritannien

Im folgenden untersuchen wir die Effizienz der von der Thatcher-Regierung seit 1979 verfolgten Sparpolitik. Die Thatcherregierung hat ihre Regierungstätigkeit mit folgendem Motto begonnen: „Arbeitslosigkeit von heute sei der notwendige Preis für die Vollbeschäftigung von morgen“⁷. Eine Steigerung der Effizienz und damit der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erfordert eine Entlastung der Wirtschaft durch Einschränkung der Staatsausgaben, durch Verminderung der direkten Steuern und durch rasche Dämpfung der Inflation durch eine restriktive Geldmengenpolitik. Zugleich soll die Verminderung der Staatseinnahmen aufgrund der Reduzierung der direkten Steuern durch Erhöhung der indirekten Steuern und Abgaben ausgeglichen werden. Diesbezügliche Maßnahmen wurden in den jährlichen März-Budgets zwischen 1980 und 1983 beschlossen⁸.

Welche gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen hat diese Politik bis 1983 gehabt?

Die für diesen Zeitraum vorliegenden empirischen Befunde⁹ zeigen auf, daß in der Anfangsphase der Sparpolitik die kontraktiven Effekte bei weitem überwiegen. Die Arbeitslosenrate (ohne Schulabgänger) stieg von Oktober 1979 bis Oktober 1980 von 1,3 Millionen auf 1,97 Millionen; damit erhöhte sich die Arbeitslosenrate in diesem Zeitraum von 5,5 Prozent auf 8,4 Prozent¹⁰. Dies ist erstens auf den Rückgang der Investitionen um 5,5 Prozent (1980) und 9,5 Prozent (1981) und zweitens auf die Verminderung der Exportnachfrage zwischen 1979 und 1981 zurückzuführen. Damit kam es zwischen 1979 und 1981 zu einem drastischen Rückgang der Produktion in der verarbeiteten Industrie von 18 Prozent (siehe Diagramm 1)¹¹.

Da jedoch in diesem Zeitraum eine allgemeine internationale Konjunkturabschwächung einsetzte, wurden diese kontraktiven Effekte nur zum Teil durch die restriktive Wirtschaftspolitik verursacht; die Sparpolitik hatte aber auf jeden Fall eine Verschärfung der gesamtwirtschaftlichen Krise zur Folge.

Der unerwartete gesamtwirtschaftliche Kontraktionsprozeß führte in der Folge zur Vereitelung der Budget- und Schuldenpläne der Regierung. 1980/81 haben die Staatsschulden das geplante Niveau um 5 Milliarden Pfund überschritten. Das für 1980/81 geplante „Public Sector Borrowing Requirement“ (PSBR) betrug 8,5 Milliarden Pfund, realisiert wurden allerdings 13 ¼ Milliarden Pfund. Diese unerwartete Erhöhung war (1) auf die verminderten Staatseinnahmen um 1 Milliarde Pfund und (2) auf die Erhöhung der Staatsausgaben (vor allem für Sozialleistungen) um 4 Milliarden Pfund zurückzuführen¹².

Erfolgreicher war jedoch die Inflationsbekämpfung durch die restriktive Geldmengenpolitik. Die Inflationsrate fiel von 19,9 Prozent (1980)

auf 11,6 Prozent (1982). Es muß hier jedoch darauf hingewiesen werden, daß dieser Rückgang der Inflation mit großer Wahrscheinlichkeit primär auf die durch die internationale Konjunkturabschwächung hervorgerufene Unterauslastung der Produktionskapazitäten und zu einem geringen Teil auf die restriktive Geldpolitik zurückzuführen war. Der OECD-Bericht über Großbritannien vom Jänner 1984 geht dabei in unzureichender Weise auf die Ursachenzusammenhänge der Preismin- derung ein, und überbewertet dadurch die Rolle der restriktiven Geldpolitik: „In terms of major objectives, the most obvious achievement of the new strategy has been the substantial reduction in the rate of inflation“¹³.

Resümierend kann man daher feststellen, daß – unabhängig vom Einfluß der internationalen Konjunkturentwicklung – die kontraktiven Effekte der Sparpolitik dominierten.

Und nun zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1981 und 1983.

Die Arbeitslosenrate (ohne Schulabgänger) stieg weiter an und erreichte 1983 12,5 Prozent. Der Industrieoutput blieb zwischen 1981 und 1983 weitgehend konstant, die Konsum-, Investitions- und Export- güternachfrage wiesen Steigerungsraten zwischen 1,5 Prozent und 2,5 Prozent auf. Die Importe zeigten jedoch seit 1981 eine stark stei- gende Tendenz; 1982 stiegen sie um 3,1 Prozent und 1983 bereits um 11,5 Prozent. Der „Gesundschumpfungsprozeß“ der inländischen Wirt- schaft lief damit nicht via Ersetzung der unrentablen inländischen durch neue „dynamische“ Unternehmer, sondern – wie ich bereits in Kapitel 3 festgestellt habe – via Substitution des inländischen Produk- tionspotentials durch ausländische Konkurrenten ab, wodurch die Importabhängigkeit Großbritanniens stark zunahm. Diese Verminde- rung des inländischen Produktionspotentials ist daher eine der Haupt- ursachen für die derzeit bestehende strukturelle Arbeitslosigkeit¹⁴.

Mit der Verminderung des gesamtwirtschaftlichen Aktivitätsniveaus nahmen die Sozialausgaben wegen der hohen Arbeitslosigkeit zu. Dies kommt auch in der Umschichtung der Staatsausgaben weg vom Kapi- talgütersektor hin zum weniger wirtschaftsbelebenden Sozialbereich zum Ausdruck. Nach einem Bericht von D. Clayton¹⁵ entsprechen beispielsweise die Nordseeinnahmen in etwa der Arbeitslosenunter- stützung, das sind für 1982 rund 2,6 Prozent des Bruttonationalproduk- tes. Positiv ist in diesem Zeitraum zu vermerken, daß die Staatsschul- den von 5,6 Prozent (1981/82) auf 3,2 Prozent (1982/83) des Bruttonatio- nalproduktes gesenkt werden konnten. Ebenso kam es zu einer Vermin- derung der Inflationsrate von 11,6 Prozent (1980) auf 5 Prozent (1983), wobei wiederum die Verschärfung der internationalen Krise berück- sichtigt werden muß.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, daß die Sparpoli- tik der Thatcher-Regierung bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt überwie- gend kontraktiv auf das gesamtwirtschaftliche Output- und Beschäfti- gungsniveau gewirkt hat. Obwohl die OECD für 1984 und 1985 eine leichte Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage um ungefähr

2 Prozent vorhergesagt hat, wird die strukturelle Arbeitslosigkeit auf dem hohen Niveau von 12,5 Prozent verbleiben. Das ist ein Indiz dafür, daß aufgrund der „Import Penetration“ der Gesundschumpfungsprozesse auch langfristig zu keinem nachhaltigen Wirtschaftswachstum führen wird: „... there seems little prospect of a marked reduction in the level of unemployment in the period up to mid-1985. To some extent, this reflects the fact that a substantial part of increased domestic demand is likely to exacerbate the already high degree of import penetration“¹⁶.

Abschließend gehen wir auf eine grundsätzlichere Frage ein, nämlich auf welche Art und Weise kann eine bestimmte wirtschaftspolitische Strategie – wie in unserem Fall die Strukturpolitik – theoretisch begründet werden.

5. Bemerkungen zu einer Kontingenztheorie der Wirtschaftspolitik

Wie im dritten Kapitel gezeigt wurde, ist die Strukturpolitik im gegenwärtigen wirtschaftlichen Ungleichgewicht die effiziente wirtschaftspolitische Strategie. Wir sind davon ausgegangen, daß die Behebung eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes durch bestimmte an dessen Ursachen anzusetzende Maßnahmen realisiert werden kann. Diese Ursachen liegen in der Mikrosphäre, d. h. gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte setzen individuelles Ungleichgewicht voraus. Bevor wir abschließend daher einige Überlegungen zu einer theoretischen Fundierung der Wirtschaftspolitik anstellen können, gehen wir auf die Ursachen des individuellen Ungleichgewichtes ein.

5.1. Umweltfaktoren als Ursachen des individuellen Ungleichgewichtes

Was verstehen wir unter individuellem Ungleichgewicht?¹⁷

Die Handlungen der Wirtschaftssubjekte basieren auf Plänen, die wiederum auf Erwartungen aufgebaut sind. Individuelles Ungleichgewicht wird dann realisiert, wenn die zum Zeitpunkt der Planerstellung gebildeten Erwartungen mit den sich in der Plandurchführungsperiode realisierenden Größen nicht verträglich sind. Es kommt dadurch zustande, daß im Laufe der Plandurchführungsperiode neue entscheidungsrelevante Informationen auftauchen, die zum Zeitpunkt der Planerstellung noch nicht bekannt waren, sodaß die Pläne nicht realisiert werden können. Neue „entscheidungsrelevante“ Informationen treten deshalb auf, weil (1) die Wirtschaftssubjekte aufgrund ihrer beschränkten kognitiven Fähigkeiten die zum Zeitpunkt der Planerstellung bestehende Umwelt nicht vollständig kennen; (2) zudem treten während der Plandurchführungsperiode Umweltveränderungen auf, über die zum Zeitpunkt der Planerstellung kein bzw. nur unvollständiges Wissen bestand. Um aus der Ungleichgewichts- wieder in die Gleichge-

wichtslage zu kommen, müssen, nachdem die Ursachen des individuellen Ungleichgewichtes ausfindig gemacht wurden, die Pläne revidiert und entsprechende Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden. Beispielsweise kann ein Unternehmer seine Nachfragepläne nicht realisieren, weil er gegenüber der Konkurrenz mit zu hohen Kosten produziert. Um das individuelle Ungleichgewicht zu beheben, muß er entsprechende Investitionen in effiziente Produktions- bzw. Organisationstechnologien vornehmen. Der Grund des individuellen Ungleichgewichtes liegt daher in der nicht zeitgerechten Anpassung seiner Produktions- und Organisationsstruktur an Veränderungen der Marktumwelt. Die Umweltveränderung löst daher einen Selektionsprozeß aus, in dem der „dynamische“ Unternehmer, der sich ständig und zeitgerecht an die Umweltveränderungen anpaßt, die größte Überlebenschance besitzt.

Als nächstes gehen wir auf das Verhältnis von individuellem zum gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewicht ein, weil wirtschaftspolitische Eingriffe erst dann erfolgen, wenn eine größere Anzahl von Wirtschaftssubjekten individuelles Ungleichgewicht realisiert.

5.2. Verhältnis zwischen individuellem und gesamtwirtschaftlichem Ungleichgewicht

Individuelles Ungleichgewicht führt dann zu einem gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewicht, wenn (1) eine größere Anzahl von Wirtschaftssubjekten und/oder (2) einige wenige Großunternehmen individuelles Ungleichgewicht realisieren. Wie erwähnt, kann individuelles Ungleichgewicht durch folgende Umweltfaktoren verursacht werden: (1) Umweltkomplexität und (2) Umweltveränderung, wobei letzteres (a) in eine Änderung der individuellen und (b) der Systemumwelt zerlegt werden kann.

(a) Gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht aufgrund der Umweltkomplexität

Gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht kommt dadurch zustande, daß in einer komplexen Marktumwelt eine größere Anzahl von Wirtschaftssubjekten Fehlplanungen vornimmt¹⁸, die in der Folge Planrevisionen und Anpassungsmaßnahmen erfordern. Eine komplexe Umwelt ist dabei durch Produktheterogenität, unterschiedliche Humankapitalausstattung der Arbeitnehmer, die große Anzahl von Konkurrenten auf den Märkten sowie durch die Vielfalt der rechtlichen und wirtschaftspolitischen Regelungen usw. charakterisiert. Solche Fehlplanungen treten vor allem am Beginn des Konjunkturaufschwunges bzw. -abschwunges auf¹⁹.

Am Beginn des Aufschwunges haben die Wirtschaftssubjekte zu „optimistische“²⁰ und am Beginn des Abschwunges zu „pessimistische“ Erwartungen, auf die ihre Pläne aufgebaut sind. Die zu „optimisti-

schen“ bzw. „pessimistischen“ Erwartungen kommen dadurch zustande, daß die Wirtschaftssubjekte unvollständige Informationen über die Marktinterdependenzen haben und somit die kumulativen Wirkungen bei ihrer Planerstellung unvollständig berücksichtigen. Es werden damit „Erwartungswellen“ ausgelöst, die in der Folge zu Konjunkturschwankungen und damit zu gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten führen.

(b) Gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht bei Änderung der Systemumwelt

Tritt eine Änderung der Systemumwelt auf, dann ist ein Großteil der Wirtschaftssubjekte davon betroffen. Unter Systemumwelt wird dabei eine die gesamte Volkswirtschaft umfassende wirtschaftliche Umwelt verstanden. Folgende Ereignisse stellen z. B. eine Änderung der Systemumwelt dar: Änderung der Nachfrage- und Wettbewerbsstruktur auf den Märkten, Änderung der Produkt-, Prozeß- und Organisationstechnologien, Änderung der wirtschaftspolitischen Strategie, sowie Verhaltensänderungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen. Wurden diese Änderungen nicht bei Planerstellung vorhergesehen, dann können die Wirtschaftssubjekte ihre Pläne nicht realisieren. Auf den einzelnen Märkten wird daher Ungleichgewicht realisiert. Die Ungleichgewichte schlagen sich auf die Gesamtwirtschaft direkt durch, ohne daß bereits Kreislauffeffekt berücksichtigt werden. Das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht wird jedoch aufgrund der Kreislauffeffekte noch verstärkt, da die verminderte Güternachfrage via Spillovereffekte auf Arbeits- und Geldmarkt zusätzliche kontraktive Effekte zur Folge hat.

(c) Gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht bei Änderung der individuellen Umwelt

Realisieren nur einige wenige Wirtschaftssubjekte aufgrund der Änderung ihrer individuellen Umwelt Ungleichgewicht, dann kommt es primär aufgrund des Wirksamwerdens von kontraktiven Kreislauffeffekten zu einem größeren gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewicht. Ungleichgewichte von größeren Unternehmern haben Nachfrageausfälle auf Arbeits- und Gütermarkt zur Folge, sodaß aufgrund der horizontalen und vertikalen Marktinterdependenzen die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des individuellen Ungleichgewichtes verstärkt werden.

5.3. Ursachen des individuellen Ungleichgewichtes als Ansatzpunkte der Wirtschaftspolitik

Gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht impliziert somit individuelles Ungleichgewicht auf den Märkten, wobei letzteres wiederum durch Umweltfaktoren verursacht wird. Damit müssen wirtschaftspolitische Maßnahmen an der Behebung der individuellen Ungleichgewichte ansetzen.

Ist die Veränderung der Systemumwelt die Ursache des individuellen und daher des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes, dann müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die Marktanpassung an die veränderte Umweltsituation fördern; oder anders ausgedrückt, es muß ein zur Behebung des Ungleichgewichtes entsprechendes Policy-Mix eingesetzt werden, wobei als Nebenbedingung die Finanzierbarkeit der Maßnahmen und damit die Aufrechterhaltung eines bestimmten Budgetspielraumes während der Anpassungsperiode unbedingt beachtet werden müssen. Wird nämlich diese Nebenbedingung verletzt, so werden die intendierten expansiven Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen aufgrund von „Crowding-out“-Effekten auf den Finanzmärkten und/oder aufgrund von durch Steuererhöhungen hervorgerufenen kontraktiven Nachfrageeffekten auf dem Gütermarkt konterkariert.

Das derzeit in Österreich bestehende gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht ist primär durch die Änderung folgender Faktoren verursacht: Starke Änderungen der Produkt-, Prozeß- und Organisations-technologie auf den internationalen und nationalen Märkten in den letzten Jahren. Da sich die österreichischen Unternehmer nicht rechtzeitig an die Änderungen der Systemumwelt angepaßt haben, kommt es gegenwärtig in vielen Wirtschaftssektoren zu strukturellen Ungleichgewichten. Wie wir im dritten Kapitel gezeigt haben, muß die Wirtschaftspolitik daher an der Behebung dieser Ursachen ansetzen.

Besteht eine weitgehend konstante Umwelt, dann ist die primäre Ursache des individuellen und damit des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes ihr Komplexitätsgrad. In diesem Fall treten aufgrund des unvollständigen Wissens über die Marktinterdependenzen im Konjunkturverlauf kumulative Prozesse auf, die in der Abschwungphase den Einsatz von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Behebung des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes erfordern. Dadurch sollen der Kontraktionsprozeß gebremst bzw. die Konjunkturschwankungen stabilisiert werden; das geschieht primär durch globale geld- und fiskalpolitische Maßnahmen.

Diese Überlegungen führen zu einem neuen Ansatz der Theorie der Wirtschaftspolitik, nämlich zu einer sogenannten Kontingenztheorie der Wirtschaftspolitik. Das zur Behebung eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes effiziente Policy-Mix wird durch dessen Umweltursachen bestimmt. Je nachdem, durch welche Umweltfaktoren die individuellen Ungleichgewichte verursacht werden, ist ein unterschiedliches Policy-Mix erforderlich.

Dieser Ansatz ist damit ein reiner Effizienzansatz der Wirtschaftspolitik, der davon ausgeht, daß jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen in einer bestimmten Umweltsituation ergriffen werden, die effizient – im Sinne der Minimierung der erwarteten Kosten des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes – sind.

Abschließend wird noch die Frage untersucht, unter welchen wirtschaftlichen Umweltbedingungen die auf der herrschenden Makrotheorie aufbauende Geld- und Fiskalpolitik als effiziente wirtschaftspolitische Strategie anzusehen sind.

5.4. Globale Geld- und Fiskalpolitik und Kontingenztheorie der Wirtschaftspolitik

Die auf der herrschenden Makrotheorie basierende Geld- und Fiskalpolitik zur Behebung des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes ist auf die Erzielung von gesamtwirtschaftlichen Niveaueffekten – wie Erhöhung der Güternachfrage und der Beschäftigung durch expansive Geldmengen- und Zinspolitik, sowie durch Steuer- und staatliche Nachfragepolitik – ausgerichtet. Die primäre Erzielung von strukturellen Effekten ist dabei nicht intendiert und überdies aufgrund ihrer globalen Konzeption gar nicht möglich. Sie kann jedoch sekundär aufgrund des asynchronen Konjunkturverlaufes zwischen einzelnen Wirtschaftssektoren unterschiedliche strukturelle Wirkungen zeigen.

Im Rahmen des Kontingenzansatzes der Wirtschaftspolitik stellt sich die Frage, unter welchen Umweltbedingungen eine globale Geld- und Fiskalpolitik effizient ist. Eine solche Politik ist dann effizient, wenn eine weitgehend konstante wirtschaftliche Umwelt existiert. Wenn sich nämlich die Umwelt nicht bzw. wenig ändert, ist ja das Ausmaß der strukturellen Anpassungsmaßnahmen gering.

In dieser Situation ist die Wirtschaft durch eine effiziente Wirtschaftsstruktur gekennzeichnet, d. h. die Unternehmer verfügen über effiziente Produkt-, Prozeß- und Organisationstechnologien. Das gesamtwirtschaftliche Nachfragedefizit ergibt sich daher aus einer allgemeinen, primär durch Fehlplanungen verursachte Güternachfrageschwäche. Damit ist jene Politik effizient, die die globale Güternachfrage stimuliert, was primär durch die traditionelle Geld- und Fiskalpolitik verwirklicht werden kann. Dies bedeutet jedoch nicht, daß in einer sich ändernden Umwelt diese Politik keine expansiven Wirkungen zeigt; sie wirkt auch in diesem Fall wirtschaftsstimulierend. Aber sie ist im Vergleich zu einer selektiven Fiskalpolitik (Strukturpolitik) weniger effizient, weil sie nicht an den Ursachen des Ungleichgewichtes ansetzt.

6. Schlußbemerkungen

In der vorliegenden Arbeit wurde erstens die Frage zu beantworten versucht, ob im gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Ungleichge-

wicht eine aktive Struktur- oder eine Sparpolitik die effiziente wirtschaftspolitische Strategie ist. Unsere Analyse hat dabei ergeben, daß die aktive Strukturpolitik effizienter ist, da die gesamtwirtschaftlichen Kosten des Ungleichgewichtes aufgrund der Verminderung der Amplitude und der Dauer des Ungleichgewichtes niedriger sind als bei Verfolgung einer Sparpolitik. Dieses Ergebnis kommt dadurch zustande, daß eine aktive Strukturpolitik an der Ursache des Ungleichgewichtes, d. i. die durch Umweltveränderungen verursachte inadäquate Wirtschaftsstruktur, ansetzt und den Strukturanpassungsprozeß fördert und damit beschleunigt.

Die Eindeutigkeit der Argumentationskette dieses Effizienzvergleiches muß aber abschließend in dem Sinne relativiert werden, daß die in beiden wirtschaftspolitischen Szenarien angeführten Marktreaktionen und die daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen nicht mit „Sicherheit“ eintreten, sondern es gilt hier der Grundsatz des „wahrscheinlicheren Wissens“²¹.

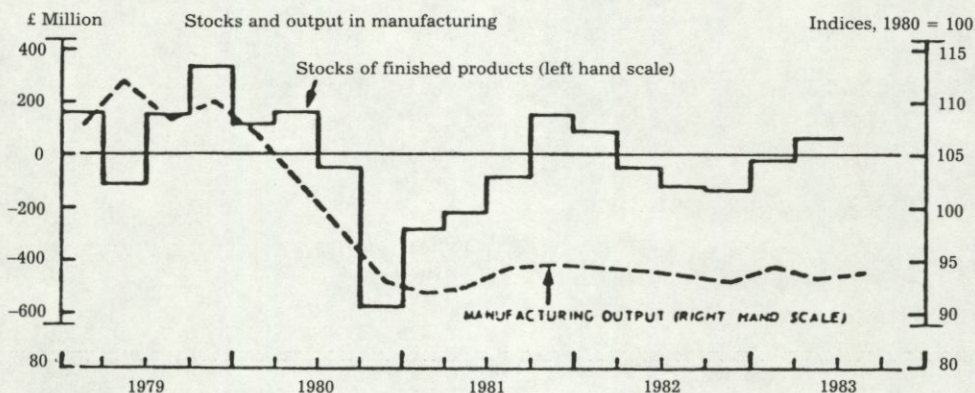
Im letzten Kapitel sind wir dann auf die Frage eingegangen, auf welche Art und Weise die aktive Strukturpolitik theoretisch fundiert werden kann. Angesichts der Tatsache, daß die traditionelle Makrotheorie aufgrund der Annahmen einer konstanten Umwelt keine theoretische Begründung für den Einsatz von strukturpolitischen Maßnahmen liefern kann, haben wir eine Kontingenztheorie der Wirtschaftspolitik entwickelt, die sowohl eine theoretische Basis für die traditionelle Geld- und Fiskalpolitik als auch für eine auf die Erzielung von strukturellen Effekten ausgerichtete Strukturpolitik darstellt. Das zur Behebung eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes erforderliche Policy-Mix hängt von dessen Umweltursachen ab.

Anmerkungen

- 1 Unter wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang keine sozialpolitischen Maßnahmen zu verstehen, die auch bei Bestehen eines Vollbeschäftigungsgleichgewichtes ihre volle Berechtigung haben.
- 2 Siehe Windsperger, J., Effiziente Wirtschaftspolitik und Ungleichgewicht, Einige Überlegungen und Vorschläge, erscheint in: Wirtschaftspolitische Blätter, 1984.
- 3 Arrow, K., The Economic Implications of Learning by Doing, Review of Economic Studies, 29, 1962, 155–73.
- 4 Windsperger-Polsterer, M., „Man darf halt nicht zu viel nachdenken“, Die Presse, 23./24. Oktober 1982, Spectrum, S. II.
- 5 McKersie, R. B., Sengenberger, W., Job Losses in Major Industries, OECD, Paris, 1983, 33–34.
- 6 siehe dazu: Caves, R. E., Murphy, W. F., Franchising: Firms, Markets, and Intangible Assets, Southern Economic Journal, 42, 1976, 572–586; Radner, R., Problems in the Theory of Markets under Uncertainty, American Economic Review, 60, 1970, 454–460; Williamson, O. E., Assessing Vertical Market Restrictions: Antitrust Ramifications of the Transaction Cost Approach, University of Pennsylvania Law Review, 4, 1979, 953–993; und Williamson, O. E., Predatory Pricing: A Strategic and Welfare Analysis, The Yale Law Journal, 87, 1977, 284–341.
- 7 Wagner, M., Massenarbeitslosigkeit bei niedrigem Wirtschaftswachstum, Journal für Sozialforschung, 21, 1981, S. 10.

- 8 Siehe OECD, Economic Surveys, United Kingdom, July 1981 und Jan. 1984.
 9 Diese wurden primär aus OECD, Economic Surveys, U. K., Jan. 1984, entnommen.
 10 Wagner, M., S. 5-6.
 11

Diagramm 1: Aktuelle Indikatoren



Sources: Economic Trends, and Industrial Trends Survey, Confederation of British Industries.

entnommen aus: OECD, Economic Surveys, January 1984, United Kingdom, S. 43.

- 12 OECD, Economic Surveys, U. K., Jan. 1984, S. 14.
 13 OECD, Economic Surveys, U. K., Jan. 1984, S. 20.
 14 OECD, Economic Outlook, Dec. 1983, S. 94.
 15 Clayton, D., Wirtschaft im Schatten der Öltürme, 21. Feb. 1984, Die Presse, Beilage „Großbritannien“, S. I.
 16 OECD, Economic Surveys, U. K., Jan. 1984, S. 47.
 17 Windsperger, J., Gleichgewicht und Wissen. Eine Analyse des Hayek'schen Konzeptes, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 2, 1983, 232-245.
 18 Dies impliziert jedoch, daß alle Wirtschaftssubjekte bei Kenntnis der entscheidungsrelevanten Informationen in der Planerstellungsperiode ihre Pläne realisieren können. Es ist aber auch vorstellbar, daß in dieser Situation nicht alle Wirtschaftssubjekte – wie vor allem die Arbeitnehmer – ihre Pläne realisieren können. Beispielsweise sehen sowohl Unternehmer als auch Arbeitnehmer die wirtschaftliche Entwicklung „richtig“ voraus, aber die Arbeitsnachfrage der Unternehmer reicht nicht aus, um alle Arbeitsangebotspläne der Arbeitnehmer verwirklichen zu können.
 19 Hayek, F. A., Price Expectations, Monetary Disturbances and Malinvestment, in: Hayek, Profits, Interest, and Investment, London, 1939, S. 143.
 20 Dies zeigt Hayek (1939) in dem gerade zitierten Artikel sehr treffend auf: "The entrepreneurs who have begun to increase their productive equipment in the expectation that the low rate of interest and the ample supply of money capital would enable them to continue and to utilise these investments under the same favourable conditions, find these expectations disappointed. The increase of the prices of all those factors of production that can be used also in the late stages of production will raise the costs of, and at the same time the rise in the rate of interest will decrease the demand for, the capital goods which they produce. And a considerable part of the newly created equipment designed to produce other capital goods will stand idle because the expected further investment in these other capital goods does not materialise" (S. 148).
 21 Lindberg, L. N., Wirtschaftswissenschaftler als Politikberater, Journal für Sozialforschung, 23, 1983, S. 12; und siehe auch Reichenbach, H., Experience and Prediction, An Analysis of the Foundations and the Structure of Knowledge, Chicago, 1949.